Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 100. Donnerstag, den 30. April 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichswahlleiter hat an Feldmarschall v. Hindenburg offiziell die Frage gerichtet, ob er nach definitiver Feststellung des Wahlergebnisses die Wahl zum Reichspräsidenten annehmen wird.

* Dem Reichstag ist die Denkschrift über den Steuerausbau für Inflationsgewinne zugegangen.

* Im Preußischen Landtag stellte Ministerpräsident Braun das Kabinett vor, das wieder aus den gleichen Persönlichkeiten besteht wie vor dem letzten Regierungsrücktritt.

* Die Abstimmung im Preußischen Landtag, die über den Bestand des jetzigen Kabinetts entscheidet, erfolgt erst am 6. Mai. Unter Umständen soll der Landtag aufgelöst werden.

* Der frühere preußische Kultusminister Konrad Hänisch, jetzt Regierungspräsident in Wiesbaden, ist dort im Alter von 49 Jahren gestorben.

Ein neuer Vorwand.

Von besonderer Seite wird uns zu neuen aus Frankreich kommenden Vorwänden für die Nichträumung des Rheinlandes geschrieben:

Bei der Stellungnahme des Auslandes zu der Wahl Hindenburgs wird überraschend oft dargelegt, daß eigentlich — die Entente an diesem Wahlausgang schuld sei. Die Art und Weise, wie Deutschland namentlich von Frankreich behandelt worden sei, habe zu einer scharfen Gegenäußerung des deutschen Selbstbewußtseins geführt und sich in der Wahl Hindenburgs verdeutlicht. Lloyd George spricht von dem „Resultat der Poincaristischen Methoden", und derartige Äußerungen befinden sich in anderen englischen Zeitungen auffallend zahlreich.

Besonders wichtig ist es natürlich, die offizielle englische Ansicht über die Wahl Hindenburgs und die sich daraus ergebenden politischen Folgen kennenzulernen. Inoffiziell war schon am Tage nach der Wahl verbreitet worden, daß die Wahl Hindenburgs die Ausführung des Dawes-Planes ebensowenig stören werde wie die Verhandlungen über die deutschen Vorschläge für einen Sicherheitspakt. Die „Morningpost", die man wohl als das Organ des englischen Ministerpräsidenten Baldwin bezeichnen darf, führt aber aus, daß man in England hoffe, das Ergebnis der Wahl werde den Sicherheitspakt nicht zum Scheitern bringen, könne aber die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen noch vergrößern. Wichtiger als dieser vorsichtige Satz ist aber die Anregung der „Morningpost" an die Alliierten, „das Faustpfand des Rheinlandes nicht zu lockern und die Grenzwacht nicht zu vermindern". Dem entsprechen Ausführungen, die der französische Außenminister Briand dem Berichterstatter eines englischen Blattes gegenüber gemacht hat. Briand erklärt nämlich, daß zwar England und Amerika von dem Sieg Hindenburgs überrascht seien, nicht aber Frankreich, das auf einen Sieg von Marx nicht spekuliert habe. Briand setzt dann hinzu, daß man noch keine sofortige Änderung der deutschen Außenpolitik erwarten werde, daß auch die glatte Anwendung des Dawes-Planes durch Deutschland eine Störung nicht erfahren werde. Aber weiter deutet Briand an, daß man die Militärkontrolle der deutschen Rüstungen fortsetzen müsse. Außerdem könne es gleichfalls notwendig sein, „gemeinsam mit unseren Alliierten unsere Wacht am Rhein zuerhalten". Und womit „begründet" Briand diese „Not wendigkeit"? Es sei wahrscheinlich, sagt er, daß der neue Präsident viele seiner alten militärischen Genossen in die Wilhelmstraße berufen werde. Das ist die ganze Begründung. Nicht ein Wort mehr. Daß die Militärkontrolle in Deutschland fortgesetzt wird, wissen wir längst. Und wird sich dereinst einmal die Entente dazu entschließen, ihre gegen den klaren Wortlaut des Versailler Vertrages und außerdem gegen jeden Sinn und Verstand immer wieder verlängerte eigene Militärkontrolle aufzuheben, so tritt an die Stelle dieser Ententekontrollkommission eine Kommission des Völkerbundes, die sich vermutlich von ihrer Vorgängerin nur durch — den Namen unterscheiden wird. Und noch dadurch, daß ein paar Polen und Tschechen als Kontrolleure hinzutreten. Der Entwurf, den man hierüber in Genf bereits zutage gefördert hat, entspricht ja den weitgehendsten französischen Forderungen. Diese Drohung Briands wird also in Deutschland nur einem bitteren Lächeln begegnen, namentlich auch angesichts der Tatsache, daß der berühmte Bericht der Kontrollkommission immer noch nicht veröffentlicht worden ist, jetzt, nachdem fast vier Monate seit jenem Tage verstrichen sind, da die Entente die Nichträumung Kölns mit den angeblichen Feststellungen der Kontrollkommission begründete.

Ebenso ist es mit jener „Begründung" für ein weiteres Stehenbleiben am Rhein. Wir sind es ja längst gewohnt, daß der Versailler Vertrag nur dann mit Hilfe von Sanktionen und Retorsionen an uns ausgeführt wird, wenn er uns Pflichten auferlegt, daß aber niemand daran denkt, welche Rechte Deutschland in jenem Vertrag zugestanden erhalten hat. Mit welchen Ausflüchten hat man nicht schon die Nichträumung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone zu begründen versucht! Einmal waren es ein paar verrostete Gewehrläufe, dann wieder der angebliche kriegerische Geist Deutschlands, das „seelisch gar nicht daran denke, abzurüsten". Daß wir militärisch bis zu einem lächerlichen Grade abgerüstet sind, wagt man ja doch nicht mehr zu bestreiten. Außerdem aber verlangt man auch diese [illegible] seelische Abrüstung, auf gut deutsch die Unterwerfungsgesinnung in allem in Deutschland als Voraussetzung dafür, daß nun die Entente ihre Verpflichtungen erfüllt! Die Wahl Hindenburgs bedeutet nach seiner eigenen Erklärung einen Wechsel der Außenpolitik nicht, kann einen solchen außerdem verfassungsmäßig gar nicht bedeuten, weil die Führung der Außenpolitik Sache der Regierung ist, nicht des Reichspräsidenten. Daß Deutschland an jenen Vorschlägen für die Schaffung eines Sicherheitspaktes festhält, die doch von uns selbst stammen —, das alles weiß man, aber man freut sich eines neuen Vorwandes! Und wäre es dieser Vorwand nicht, so wäre es eben ein anderer. Oder auch gar keiner. Man hat die Macht, zu handeln, wie man will, und das ist genug. Darin hat Baldwin zweifellos recht, daß jene Verhandlungen sich jetzt schwieriger gestalten werden, aber nicht, weil Hindenburg gewählt ist, sondern weil Frankreich, das bei diesen Verhandlungen überhaupt nur mit halbem Herzen dabei ist, politisch Kapital daraus zu schlagen entschlossen ist.

Wir haben demgegenüber, und zwar alle, Freunde und Gegner der Kandidatur Hindenburg, jetzt nur eine Stellungnahme als selbstverständlich zu betrachten, und das ist die, neue Versuche, die klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages wieder einmal zu umgehen, unter Vorwänden fadenscheinigster Art, in fester Entschlossenheit aufs schärfste abzuweisen. Zweifellos wird aber auch die Regierung, also vor allem der Reichskanzler seinerseits das Ausland über unsere Entschlossenheit nicht im Unklaren lassen.

Die preußische Regierungserklärung

(33. Sitzung.) tt. Berlin, 28. April.

Bei der Eröffnung der Beratungen nach der Osterpause sind Haus und Tribünen stark besetzt. Präsident Bartels eröffnet die Sitzung, indem er zunächst an das Hinscheiden des früheren Kultusministers und sozialistischen Abg. Konrad Hänisch, zuletzt Regierungspräsident in Wiesbaden erinnert. Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Rede des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident **Braun** nimmt das Wort, dankt für das durch die Wahl bekundete Vertrauen und stellt dem Hause das neue Kabinett vor, dem angehören als Justizminister Am Zehnhoff, als Innenminister **Severing**, als Wohlfahrtsminister **Hirtsiefer**, als Kultusminister Dr. **Becker**, als Finanzminister **Höpker-Aschoff**, als Handelsminister **Schreiber-Halle** und als Landwirtschaftsminister **Steiger**. Es ist das gleiche Kabinett, das bereits der Amtsvorgänger des jetzigen Ministerpräsidenten, Herr Marx, am 18. Februar dem Landtag vorgestellt hat und das durch Ablehnung des Vertrauensantrages zurücktreten mußte.

Ministerpräsident **Braun** dankt seinem Amtsvorgänger für die während seiner kurzen Amtstätigkeit dem Lande geleisteten Dienste und führt dann weiter aus: Wenn ich die auf mich gefallene Wahl angenommen habe und das gleiche Kabinett unverändert dem Hause vorstelle, so tue ich das in der Erkenntnis, daß der sich nunmehr fast drei Monate hinziehenden Regierungskrise ein Ende gemacht werden muß. Ich bin mir wohl bewußt, daß es keine leichte, keine angenehme Aufgabe ist, an deren Lösung ich herantrete. Es ist wahrlich nicht das Streben, Minister zu sein, das mich leitet. Nein, mich leitet Pflichtbewußtsein und das tiefe Gefühl der Verantwortung für die Geschicke des preußischen Volkes, das mich als mehrjährigen Leiter der preußischen Staatsgeschäfte erfüllt. Die Neuwahl des Landtags am 7. Dezember vorigen Jahres gab wahrlich keinen begründeten Anlaß, eine Änderung in der durch 3½ Jahre konstanten Regierung eintreten zu lassen und auch über Preußen eine Periode der Regierungskrisen heraufzubeschwören. Diese Periode wurde heraufbeschworen durch die Deutsche Volkspartei, die die von ihr 3½ Jahre lang getriebene und bis zur Wahl gebilligte und gelobte Politik nach der Wahl perhorreszierte.

Es ist nun wochenlang versucht worden, eine aktionsfähige Regierung zu bilden. Die Parteien waren zum weitestgehenden Entgegenkommen bereit. Alle diese Versuche sind gescheitert an der Sabotage, an der Zerstörungswut des deutschnational-kommunistischen Blocks. Dieser Block hat bisher jede Regierung gestürzt, jede nach Lage der parlamentarischen Verhältnisse und der politischen Einstellung der maßgebenden Parteien mögliche Kombination zum Scheitern gebracht.

In jedem parlamentarisch regierten Lande gilt es als selbstverständlich, daß die Parteien der Opposition, die eine Regierung mit Mehrheit stürzen, die Pflicht haben, eine neue Regierung zu bilden, daß sie die Verantwortung für das Zustandekommen einer solchen neuen auf ihre Mehrheit gestützten Regierung tragen. Die Parteien des deutschnational-kommunistischen Blocks haben wohl einmütig jede Regierung gestürzt. Sie sind einig im Zerstören, aber sie haben bisher noch keine auf ihre Mehrheit gestützte Regierung zu bilden vermocht. Der Ministerpräsident wendet sich weiter stark gegen die Tendenzen der von ihm genannten Parteien, die er bei einigen ihrer Teile als bewußt zerstörend nennt. Von der Mehrheit der Oppositionsparteien will er aber annehmen, daß sie bestrebt sind, positive Aufbauarbeit zum Besten unseres Landes zu leisten. Er erklärt, man solle nicht erwarten, daß er für diese Arbeit ein Programm der Regierung entwickeln werde. Das Volk wolle nicht Worte, sondern Taten. Zur Tat seien er und das gesamte Kabinett bereit. Er werde die Staatsgeschäfte nach den Grundsätzen leiten, die er in den 3½ Jahren seiner bisherigen Ministertätigkeit gewahrt habe.

Für die nächsten Aufgaben, deren Lösung drängt, mache er sich im wesentlichen das Programm zu eigen, das sein Herr Amtsvorgänger am 18. Februar d. J. vor dem Hohen Hause entwickelt habe. Dieses Programm ist auch das Programm der neuen Regierung.

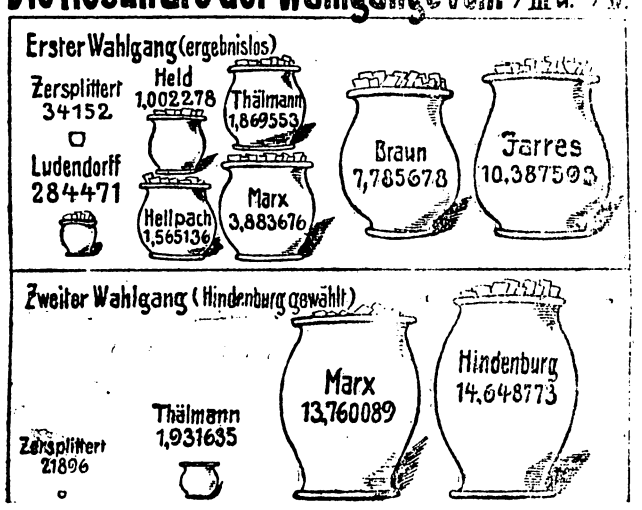
Die Rede des Ministerpräsidenten wurde fast unausgesetzt von Kundgebungen der Kommunisten und der Deutschnationalen Volkspartei begleitet. Die Kommunisten empfingen den Redner mit stürmischen „Amnestie"rufen. Die Rechte demonstrierte mit Gelächter, als der Redner seinem Amtsvorgänger den Dank aussprach. Als er erklärte, ihn leite lediglich Pflichtbewußtsein, wenn er sein Amt übernommen habe, ertönte der Zuruf: „Leichenrede!".

Hierauf vertagte sich das Haus unter großer Unruhe den Vorschlägen des Ältestenrats entsprechend auf Mittwoch, wo die Besprechung der Regierungserklärung beginnen soll.

*

Im Ältestenrat des Preußischen Landtages wurde vereinbart, in den Sitzungen am Mittwoch und Donnerstag die Erörterung der Regierungserklärung abzuhalten und dann das Haus bis Mittwoch nächster Woche zu vertagen. Am Mittwoch soll dann die Abstimmung über das Vertrauensvotum stattfinden. Ende dieser Woche wird der Ausschuß, der über die Auflösung zu bestimmen hat, bestehend aus dem Oberbürgermeister Dr. Adenauer als Vorsitzendem des preußischen Staatsrates, dem Landtagspräsidenten Bartels und dem Ministerpräsidenten Braun, zusammentreten, um über die eventuelle Auflösung zu beschließen.

Die Resultate der Wahlgänge vom 29/III u. 26/IV.



Vor Hindenburgs Amtsantritt.

Dr. Luther beim Reichspräsidenten.

Berlin, 28. April.

Reichskanzler Dr. Luther weilte in Hannover, um dort in einer Rücksprache mit dem Reichspräsidenten die Frage seines Amtsantritts und der dabei zu beobachtenden Formen zu besprechen. Zugleich wurde auch die augenblickliche Lage der inneren und äußeren Politik in den Kreis der Betrachtungen gezogen.

Der Stellvertretende Reichspräsident Dr. Simons hat dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg seine Glückwünsche zur Berufung in das hohe Amt des Reichspräsidenten ausgesprochen und sich sowie das Bureau des Reichspräsidenten dem Feldmarschall zur Regelung der Übersiedlung nach Berlin und zu allen sonstigen Vorbereitungen für die Amtsübernahme zur Verfügung gestellt. Der Feldmarschall hat dem Stellvertreter des Reichspräsidenten seinen herzlichen Dank ausgesprochen

Die bei einigen Zeitungen aufgetauchten Nachrichten, die von einer Verlegung des Präsidentensitzes nach Potsdam sprachen, sind natürlich abwegig. Selbstverständlich nimmt der Präsident seine Wohnung in Berlin. Die Gerüchte sind vielleicht daraus entstanden, daß Reichspräsident Hindenburg möglicherweise schon vor der offiziellen Einführung sich bei seinem Neffen General v. Lewinski aufhalten wird, der in Potsdam wohnt.

Einzug und Eidesleistung.

Wenn auch noch nichts Bestimmtes angeordnet ist, auch nicht über den Tag des Einzugs, soll das vorläufig ausgearbeitete Programm das Eintreffen des Präsidenten an dem gewählten Tage mit einem Sonderzug auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin in Betracht ziehen. Dort würde er von dem bisherigen stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons in Empfang genommen und nach dem Präsidentschaftspalais in der Wilhelmstraße geleitet. Das Palais soll für diese Gelegenheit einen besonders festlichen Schmuck erhalten. Die Fahrt von dem Bahnhof zum Palais dürfte auf dem kürzesten Wege erfolgen, ohne daß irgendwelche ausgedehnten Begrüßungsfeierlichkeiten bei der Ankunft stattfinden, da Hindenburg solche nicht wünschen soll. Vom Palais würde sich der Präsident sofort oder am nächsten Tage in die Vollversammlung des Reichstages begeben, wo er den Eid auf die Verfassung in die Hände des Reichstagspräsidenten Löbe ablegen wird. Der Eid hat bekanntlich folgende Fassung:

> „Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde."

Die Beifügung einer religiösen Beteuerung zu dem Eid ist zulässig, aber nicht erforderlich. Später würden im Palais die Vertreter der Reichsregierung, die Reichs-

und Staatsbehörden empfangen, denen sich Vertreter der Länder und die Botschafter und Gesandten der auswärtigen Mächte anschlössen. Für den Abend ist ein Fackelzug geplant, an dem sich rechtsstehende Organisationen und studentische Verbindungen beteiligten, die sich im Lustgarten sammelten und vor das Präsidentenpalais zögen.

*

Das ergänzte Wahlergebnis.

Über 30 Millionen Wähler.

Das ergänzte vorläufige Gesamtergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 26. April bringt folgende Zahlen:

Hindenburg	14 648 773
Marx	13 760 089
Thälmann	1 931 635
Zersplittert	21 896

Abgegeben wurden im ganzen 30 362 393 Stimmen. Der Reichswahlleiter hat bereits an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg brieflich die Frage gerichtet, ob er die Wahl zum Reichspräsidenten annimmt, falls der Reichswahlausschuß die Wahl anerkennt. Der Reichswahlleiter betont, daß die endgültige von der vorläufigen Stimmenzahl wahrscheinlich nur wenig abweichen werde. Deshalb stellte er die Frage schon jetzt.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß das Programm des neuen Reichspräsidenten keinen Kurswechsel bedeute und daß aus diesem Grunde ein etwaiger Rücktritt der Regierung Luther nur einen formalen Höflichkeitsakt bedeute und durch die Bestätigung des Kanzlers und der Minister im Amt seine Erledigung finden werde. Das Kabinett hat noch keine Beschlüsse gefaßt und wird erst nach der Rückkehr des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns einen Kabinettsrat abhalten.

*

Erklärungen Maltzans in Newyork.

Newyork, 28. April.

Bei einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück im Newyorker Bankierklub ergriff der deutsche Botschafter, Freiherr von Maltzan, das Wort zu einer Rede, in der er versicherte, daß das deutsche Volk alles, was in seiner Macht stände, tun werde, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die es mit den ihm gewährten Krediten eingegangen sei. Dies beziehe sich sowohl auf die kurzfristigen Betriebkredite, als auf die langfristigen Anleihen zur Erschließung produktiver Erwerbsquellen. Das deutsche Volk sei sich dessen voll bewußt, daß es geheiligte Verpflichtungen zu hüten habe, aber was nützten ihm Kredite und produzierte Waren, wenn keine Märkte vorhanden seien, um sie absetzen zu können.

Deutscher Reichstag.

(42. Sitzung.) CB. Berlin, 28. April.

Präsident Löbe eröffnete die heutige erste Sitzung nach den Osterferien mit einem Nachruf für die verstorbenen Abgeordneten Gerstenberger, Dr. Höfle, Dr. Paasche und Brömel. Er teilte weiter mit, daß er dem Präsidenten der Bulgarischen Sobranje die Teilnahme des Reichstages an dem Ableben so vieler Parlamentarier bei dem letzten Attentat in Bulgarien übermittelt habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. **Neubauer** (Komm.) die sofortige Besprechung des Urteils in dem sog. Tschekaprozeß, das er ein ungeheures Tendenzurteil nannte. Die Kommunisten hätten hierzu eine Interpellation eingebracht, deren sofortige Besprechung sie verlangen müßten. Präsident Löbe stellte fest, daß nach der Geschäftsordnung die sofortige Besprechung der erst heute eingebrachten Interpellation unmöglich sei.

Der Reichstag setzte darauf die zweite Beratung des Reichshaushalts fort beim

Haushalt des Reichspostministeriums.

Reichspostminister Stingl leitete die Beratung durch eine längere Darstellung des jetzigen Standes der Reichspostverwaltung ein. Er hob dabei hervor, daß als neues Arbeitsgebiet der Post der Funkverkehr hinzugekommen sei, der sich überraschend entwickelt hat. Zur Beschaffung von rund 2000 Wohnungen seien 25,18 Millionen Mark vorgesehen. Im Vergleich zum Jahre 1924 sei in diesem Jahre die Finanzlage der Post etwas gespannter, weil die Gebührenermäßigung und die Besoldungserhöhungen sich auswirkten. Die Postreklame werfe einen Reingewinn von 2,7 Millionen ab. Für eine absehbare Zeit sei eine weitere Ermäßigung der Gebühren ausgeschlossen, weil die Ausgaben steigen und die Aufgaben der Post erweitert worden seien.

Abg. Seppel (Soz.) hält es für notwendig, daß der jetzt viel zu starke Einfluß des Reichsfinanzministers auf den Verwaltungsrat der Reichspost eingeschränkt werde. Für die gute Entwicklung des Rundfunks gebühre besonderer Dank dem Staatssekretär Bredow. Der Reichstag müsse es sich verbitten, daß der Reichsfinanzminister der Post vorschreiben wolle, wie sie den Etat aufzustellen habe. Der Redner brachte dann Beamtenwünsche vor.

Abg. Körner (Dtn.) begrüßte die Ausführungen des Ministers, die ein erfreuliches Bild des Wiederaufbaues gezeigt hätten. Es hätte sich bei der Post das Verfahren bewährt, einen erfahrenen Fachmann an die Spitze der Verwaltung zu stellen. Eine Verbesserung der Landbestellung sei wünschenswert. Andererseits sei das Bestreben zu unterstützen, dem Personal den Genuß der Sonntagsruhe zu ermöglichen. Der Redner äußerte das Vertrauen zu dem Minister, daß er mit dem Personal ein harmonisches Verhältnis herstellen und den guten Ruf der Reichspost erhalten und mehren werde.

Abg. Allekotte (Ztr.) brachte Beschwerden der Beamtenschaft über die Gehalts- und Beförderungsverhältnisse vor. Die Verantwortung dafür treffe den Reichsfinanzminister, der für die Beamten seines eigenen Ressorts weit besser gesorgt habe als für die anderer Ressorts. Man sollte die Einstellung ungeübter Hilfskräfte einschränken und dafür möglichst die Beförderungsverhältnisse der mittleren Beamtenschaft verbessern.

Abg. Morath (D. Vp.) wünschte eine Verstärkung des Einflusses des Reichstages im Verwaltungsrat der Reichspost. Der erfreuliche Aufstieg im Postbetrieb sei in erster Linie durch Opfer der Postbeamtenschaft erreicht worden. Dafür sollte man den Beamten Dank wissen und sich ihren berechtigten Forderungen nicht verschließen.

Abg. Dr. Raschig (Dem.) richtete an die Postverwaltung die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß der Rundfunk recht bald auch im besetzten Gebiet Eingang findet. Die Einführung des Kraftwagenverkehrs durch die Post sei erfreulich. In manchen Bezirken machten die Postautos aber den früher bestandenen Autogesellschaften unlautere Konkurrenz. Die Fernsprechgebühren seien in Deutschland unverhältnismäßig höher als in anderen Ländern.

Abg. Lucke (Wirtsch. Vgg.) wünschte technische Verbesserungen im Post- und Telegraphenwesen. Die Automatisierung des Fernsprechwesens müßte mehr gefördert werden. Im Verwaltungsrat der Reichspost sollten auch die kleinen Fraktionen des Reichstages besser vertreten sein.

Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Um die Ruhrkredite.

Der Reichstagsausschuß zur Prüfung der Entschädigung an die Ruhrindustriellen setzte seine Beratungen fort. In ihrem Mittelpunkt stand die Frage, ob die Ruhrindustriellen auf Grund des Briefwechsels Stinnes—Stresemann einen Rechtsanspruch auf Entschädigungen herleiten konnten. Abg. Landsberg (Soz.) legte dar, daß es sich damals um eine politische Aktion gehandelt habe. Weder aus dem Allgemeinen Landrecht, auf das sich das Gutachten der Industriellen berufe, noch aus den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, noch aus den Verhandlungen des Kabinetts ergebe sich die Entschädigungspflicht des Reiches. Diesen Standpunkt hat auch der Justitiar des Reichsfinanzministeriums in seiner ersten Äußerung zum Gutachten der Industriellen vertreten. Der Abg. Dietrich (Dem.) schloß sich den Darlegungen Landsbergs an. Demgegenüber behauptete Abg. Rademacher, daß der Briefwechsel Stinnes—Stresemann die rechtliche Grundlage für die Ersatzansprüche hergestellt habe. Der Ausschuß vertagte sich schließlich auf Freitag. In der nächsten Sitzung sollen als Zeugen vernommen werden die Minister des damaligen Kabinetts, Stresemann, Luther, Sollmann und Robert Schmidt, und zwar über die Frage, welches ihr Wille bei den mit den Ruhrindustriellen getroffenen Vereinbarungen war.

Vertagung von politischen Prozessen.

Die für den 28. April in Aussicht genommene Prozeßverhandlung vor dem Staatsgerichtshof gegen Freiherrn von Forstner und Genossen wegen Beleidigung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ist vertagt worden. Ein Termin dafür ist noch nicht festgesetzt. Ebenso steht noch nicht fest, wann die Nachtragsverhandlungen zum Rathenau-Prozeß gegen den Oberleutnant a. D. Brandt und den Fabrikbesitzer Küchenmeister stattfinden werden.

Senatswahlen in Lübeck.

Die Bürgerschaftssitzung wählte bei Abwesenheit der deutschnationalen und der völkischen Fraktion und der Hausbesitzer zu nebenamtlichen Senatoren die Mitglieder Heinsohn (Volkspartei) und Dreger (Soz.). Zum hauptamtlichen Senator wurde Landrichter Niebuhr gewählt. Der Senat, der sich bisher aus zwei hauptamtlichen Senatoren zusammensetzte, wird in Zukunft aus neun hauptamtlichen und zwei nebenamtlichen Senatoren bestehen.

Personalabbau und Besoldungsneuregelung.

Der Deutsche Beamtenbund wendet sich in einer Entschließung mit scharfen Worten gegen die Behandlung der Personalabbaufrage im Reichstag. Die Beschlüsse des Unterausschusses des Haushaltungsausschusses zu dem Kernpunkt der ganzen Personalabbauverordnung — der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand — bedeuteten praktisch eine Verewigung des Beamtenabbaus. Es wird erwartet, daß der Reichstag mit größter Beschleunigung die Personalabbauverordnung aufhebt, und das vor deren Erlaß geltende Recht wiederherstellt. In der Besoldungsfrage betont der Bund die Dringlichkeit der auch von den Parteien und der Regierung für notwendig gehaltenen Neuregelung der Bezüge.

Besteuerung von Inflationsgewinnen.

Dem Reichstag ist jetzt die angekündigte Denkschrift der Reichsregierung über den Ausbau der Besteuerung von Inflationsgewinnen zugegangen. Nach längeren Ausführungen über den Umfang der dazu notwendigen Nachprüfungen der Kreditgewährungen behandelt die Denkschrift die in der Öffentlichkeit viel erörterte Ablösung einer Inflationsgewinnbesteuerung durch eine Vermögenszuwachs- oder Vermögenserhaltungssteuer.

Kommunistischer Einigungsvorschlag an die S. P. D.

Die Rote Fahne veröffentlicht einen offenen Brief der Zentrale der K. P. D., der, an den Bundesvorstand des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes und an den Vorstand der S. P. D. gerichtet, Vorschläge enthält, auf Grund deren im Hinblick auf die Wahl Hindenburgs und die Größe der monarchistischen Gefahr eine Einigung zwischen den Kommunisten und der S. P. D. herbeigeführt werden soll. Der Brief enthält u. a. die folgenden Vorschläge: Auflösung der Reichswehr und der monarchistischen Verbände. Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo. Abschaffung der Technischen Nothilfe. Konfiskation der Vermögen aller früheren deutschen Fürsten und Ausweisung aller Angehörigen der Herrscherhäuser. Aufhebung des Staatsgerichtshofes, Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen. Die K. P. D. schlägt weiter vor, am Tage des Einzuges des neuen Reichspräsidenten in Berlin einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik zu proklamieren. Der Vorwärts, das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, lehnt diese Vorschläge als „Hanswursterei" ab.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Vernehmen nach planen die im Volksblock zusammengeschlossenen Parteien einen feierlichen Empfang für Herrn Marx bei dessen demnächstiger Rückkehr nach Berlin.

Berlin. Der preußische Justizminister am Zehnhoff ist seit vier Wochen schwer erkrankt.

Berlin. Die 10 %ige Erhöhung der Reichsbahntarife wird durch Änderung der Kilometersätze vollzogen. Die neuen Gebühren werden pro Kilometer in der 4. Klasse 3,3 Pfg., in der 3. Klasse 5 Pfg., in der 2. Klasse 7,5 Pfg. und in der 1. Klasse 10,5 Pfg. betragen. Die sonstigen Zuschläge werden schematisch um 10 % erhöht.

Berlin. Der hiesige Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ruft die Berliner Arbeitnehmerschaft auf, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Braunschweig. Der Hauptausschuß des Landtages hat einer Notverordnung des Staatsministeriums zugestimmt, wonach der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag aufgehoben wird.

Paris. Ministerpräsident Painlevé empfing den deutschen Botschafter von Hoesch. Über den Inhalt der Unterredung wird auf beiden Seiten Stillschweigen bewahrt.

London. Auf eine telegraphische Anfrage der British United Preß bei Wilhelm II. ist aus Doorn die Antwort erfolgt, daß der Kaiser zur Wahl Hindenburgs zum Präsidenten des Deutschen Reiches nicht den geringsten Kommentar zu machen habe.

Vermischte Drahtnachrichten aus aller Welt

Günstige Entwicklung des Postscheckverkehrs.

Berlin, 28. April. Der Postscheckverkehr hat sich im Jahre 1924 sehr günstig entwickelt. Die Zahl der Postscheckkunden ist im Jahre 1924 von 626 103 auf 808 798 gestiegen. Der Umsatz hat 407,5 Millionen Buchungen über 78 501 Millionen Reichsmark betragen, wovon 62 262 Millionen Reichsmark, das sind 79,3%, bargeldlos abgewickelt worden sind. Das Guthaben der Postscheckkunden belief sich Ende 1924 auf 574,5 Millionen Reichsmark.

Das graue Auto.

Roman von Edmund Sabott.

31. Fortsetzung. **Nachdruck verboten.**

„Tja — es ist traurig," bestätigte Vanheeren und zog an seiner Zigarette. „Aber letzten Endes trifft die ganze Schuld an dem Unfall doch Wartorf selbst, man kann sich ja vorstellen, wie alles zugegangen ist: wahnsinniges Tempo, irgendein kleiner Defekt an der Maschine, die Kurve — da war das Unglück da."

Der Monteur legte sein Werkzeug zurück und trat wieder näher zu Vanheeren, er schob seine Mütze heftig ins Genick: „Sie mögen alle an die defekte Maschine glauben, verehrter Herr," sagte er überlegen, „und sich den Kopf zerbrechen, ob's an der Steuerung, der Bremse oder sonst was gelegen hat. Ich sage Ihnen eins: ich kenne meinen Wagen, kenne jeden Teil wie meine Westentasche, hab alles Tag für Tag nachgesehen und kann die Hand dafür ins Feuer legen, daß auch nicht die lumpigste Mutter defekt war. Herr Wartorf ist tausendmal mit dem Wagen gefahren, und es ist nichts passiert, trotz Kurve und Tempo, und es wäre auch diesmal nichts passiert, wenn . . ." Er unterbrach sich und trat zurück.

„Na, was wollen Sie denn sagen?" fragte Vanheeren ermunternd. „Wie denken Sie denn über diese Geschichte?"

Der andere zuckte die Achseln: „Weiß nicht. Man hat ja seine Vermutungen, aber . . . Vielleicht ist Herrn Wartorf plötzlich schlecht geworden, und er hat deshalb die Herrschaft über seinen Wagen verloren, das soll schon öfter passiert sein."

Man hörte den gesprochenen Worten unschwer an, daß sie nur von dem Verdachte ablenken wollten, über den er eben Andeutungen gemacht hatte.

„Sie sind doch sicher auch oft mit Herrn Wartorf gefahren. Ist ihm denn da auch mal unwohl geworden?"

„Nein, niemals."

„Vorgestern aber, meinen Sie, ist ihm das zugestoßen? Das glauben Sie doch selbst nicht!" sagte Vanheeren.

„Denken Sie was Sie wollen!" wich ihm der andere übelgelaunt aus. „Ich habe eben nur eine Vermutung ausgesprochen und damit basta!"

„Mein Lieber, Sie entschlüpfen mir so nicht!" sagte Vanheeren in ernstem Tone. „Entweder Sie sagen mir unumwunden, welchen Verdacht Sie haben, oder . . ."

„Oder . . .?" wiederholte der andere abweisend und fast drohend.

„Werden Sie doch nicht gleich so ungeduldig!" lenkte Vanheeren begütigend ein und streifte die Asche seiner Zigarette ab. „Wir alle haben Herrn Wartorf gekannt und wissen, welch sympathischer und tüchtiger Mann er war. Oder sind Sie etwa anderer Ansicht?"

„Durchaus nicht!"

„Na also! Da müßte doch auch Ihnen etwas daran gelegen sein, daß seine nächsten Freunde erfahren, welch ein verdammter Zufall seinen Tod herbeigeführt hat."

„Gewiß, aber man verbrennt sich nicht gern den Schnabel, und ich will mir lieber die Zunge abbeißen, ehe ich ein unbedachtes Wort sage."

„Wissen Sie eigentlich, wer ich bin?" fragte Vanheeren nach einer kurzen Pause.

„Nee — woher soll ich das wissen?"

„Ich heiße Vanheeren, und Sie kennen mich vielleicht dem Namen nach. Wenn ich Sie also bitte, mir reinen Wein einzuschenken, so können Sie versichert sein, daß ich auch den Mund halten werde."

„Hm, ob Sie aber auch den Mund halten können über das, was ich Ihnen sage?"

„Bestimmt, ich gebe Ihnen mein Wort!"

Der Mann kratzte sich verlegen den Kopf: „Ich habe nun mal A gesagt und muß wohl auch B sagen, aber ich verlasse mich darauf, daß Sie mir keine Unannehmlichkeiten machen. Wenn Sie mich nachher verantwortlich machen wollen, dann sagen Sie's lieber gleich."

„Sie können ohne jede Sorge sein."

„Schön, dann kommen Sie bitte mal hier rein!"

Vanheeren trat in die Garage, während der Monteur von einem Regal, das in einer Ecke stand, eine graue Leinwandtasche nahm und sie Vanheeren vorwies: „Sehen Sie, das Ding da habe ich heute unter dem Auto dort gefunden."

„Was wollen Sie damit sagen?" fragte Vanheeren, indem er nach dem Beutel griff und einen Blick darauf warf. Er fühlte mit seinen Händen, daß Werkzeug darin enthalten war. Er öffnete die beiden Knöpfe, die die Tasche verschlossen.

„Das Ding gehört meinem Vorgänger. Ich hätt's auch nicht erkannt, aber es trägt sein Monogramm."

Er trat neben Vanheeren und wies mit dem öligen Finger auf die ungeschickt in die Tasche hineingestickten Initialen F. H. „Das heißt Fritz Hilbricht. Der war vor mir hier beschäftigt, und Herr Wartorf hat ihn vor einem Vierteljahr rausgeschmissen."

„Weshalb?"

Der andere zuckte die Achseln: „Ich weiß nicht. Dieser Hilbricht ist ein ganz infamer, nichtswürdiger Bursche. So einer, der Ihnen ins Gesicht freundlich ist und hinter Ihrem Rücken die Fäuste ballt. Er muß dann und wann hier herumgelungert haben. Wenn Herr Wartorf nicht hier war, kam er zu mir in die Garage und versuchte, mir die Stelle zu verekeln, machte Herrn Wartorf schlecht und renommierte mit seiner Bekanntschaft mit der gnädigen Frau. Ich weiß nicht, was daran wahr ist, und es geht mich ja auch nichts an, doch als mir sein loses Maul eines schönen Tages auf die Nerven fiel, wollte ich ihn beim Kragen nehmen. Da kam zufällig Herr Wartorf hinzu und hat ihn selbst an die frische Luft gesetzt, und zwar ganz gehörig. Der Kerl war bodenlos frech und hat gesagt, Herr Wartorf werde noch mal an ihn denken."

„Wann war das?" warf Vanheeren ein.

„Vor vierzehn Tagen etwa," gab der Monteur zur Antwort. „Seitdem hat sich der Bursche nicht mehr blicken lassen. Ich hätt's ihm auch nicht geraten. Und sehen Sie, als ich heute morgen in die Garage komme, finde ich seine Handwerkstasche. Gestern bin ich ja vor lauter Aufregung gar nicht dazu gekommen, mal hier reinzusehen. Ich will mich hängen lassen, wenn Hilbricht da nicht irgendeine Gemeinheit begangen hat."

„Was sollte er denn zum Beispiel getan haben?"

„Weiß ich's? Aber glauben Sie nicht, daß es leicht ist, künstlich irgendeine Beschädigung an dem Wagen anzubringen?"

„Ja, aber konnte die Tasche nicht schon vorher hier gewesen sein und Sie haben sie nur nicht bemerkt?"

(Fortsetzung folgt.)

Rangliste des ehemaligen deutschen Heeres.

Berlin, 28. April. Die umfangreichen Arbeiten für dieses vom Deutschen Offizierbund im Anschluß an die früheren Ranglisten angeregte Werk sind so weit gefördert, daß nunmehr auf das Erscheinen zum Spätherbst gerechnet werden kann. Die Rangliste wird die aktiven Offiziere aller Kontingente nach dem Stande vom Mobilmachungstage, sowie die während des Krieges beförderten aktiven Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere und Heeresbeamten enthalten, und zwar mit genauen Angaben aller bis zur Gegenwart eingetretenen Veränderungen, wie Kriegsverwendung, Beförderung, Charaktererhöhung, Verbleib (gefallen, gestorben, ausgeschieden, ins Reichsheer übergetreten usw.). Im Äußeren wird sie sich den alten Ranglisten anpassen, deren Abschluß sie bildet.

München flaggt.

München, 28. April. Der Stadtrat München beschloß gegen die kommunistischen Stimmen, an dem Tage der Eidesleistung des neuen Reichspräsidenten die städtischen Gebäude beflaggen zu lassen.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Glogau, 28. April. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 23jährigen Arbeiter Hermann Schröter aus Guhrau wegen vorsätzlichen Totschlages zu lebenslänglichem Zuchthaus. Schröter wird zur Last gelegt, am 21. Dezember 1924 den Revierförster Wecke aus Juppendorf (Kreis Guhrau), der ihn beim Wildern antraf, erschossen zu haben. Der Anklagevertreter hatte wegen Mordes auf Todesstrafe plädiert.

Tschangtsolin, der Herr Ostchinas.

London, 28. April. Reuter meldet aus Peking, Tschangtsolin wurde zum Militärgouverneur von Tsingtau ernannt. Durch diese Ernennung in Verbindung mit den ihm kürzlich übertragenen Ämtern beherrscht Tschangtsolin tatsächlich das gesamte östliche China von Mukden bis Schanghai. Schanghai.

Arbeiter und Angestellte.

Essen. (Große Entlassungen von Bergarbeitern im Ruhrgebiet.) Die Verwaltungen der Rhein-Elbe-Union, die die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. und den Bochumer Verein umfaßt, haben beschlossen, insgesamt 7500 Arbeiter zu entlassen. Auch eine Reihe kleinerer Zechen sieht sich genötigt, weitere Entlassungen vorzunehmen. Die Arbeiterentlassungen haben ihren Grund in der schweren Absatzkrise im Ruhrgebiet.

Gleiwitz. (Schiedsspruch im oberschlesischen Bergbau.) Zur Regelung der Streikfrage im oberschlesischen Bergbau wurde in Gleiwitz bei Stimmenthaltung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer ein Schiedsspruch gefällt. Danach wird das Normalgedinge von 5,80 auf 6,20 Mark erhöht. Der Stundenlohn der Facharbeiter soll statt 0,54 0,58 Mark betragen. Die Lohnregelung bleibt gültig bis zum 31. August 1925. Das Überarbeitsabkommen, das gekündigt war, wird wieder in Kraft gesetzt und bleibt bis zum 30. November d. J. bestehen. Der erhöhte Lohn soll ab 20. April gezahlt werden.

Berlin. (Beendigung des Streiks der Kupferschmiede.) Die Kupferschmiede der Berliner Metallindustrie, die mehrere Wochen im Streik verharrten, haben beschlossen, auf den Boden des Einigungsvorschlags zu treten, der in der verflossenen Woche zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und dem Verband der Kupferschmiede festgelegt worden war. Die Arbeitsaufnahme erfolgt in den nächsten Tagen, so daß auch die durch den Streik der Kupferschmiede beschäftigungslos gewordenen 7000 Metallarbeiter wieder eingestellt werden können.

Dresden. (Der Konflikt in der sächsischen Industrie.) Wie die Vereinigung des Verbandes sächsischer Metallindustrieller mitteilt, waren die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei verschiedenen Verbandsfirmen wegen Lohn- und Arbeitszeitfragen zu Kampfmaßnahmen übergegangen und hatten an mehreren Stellen die Arbeit niedergelegt. Die Vereinigung des Verbandes der Metallindustriellen hat daher dem Deutschen Holzarbeiterverband eine endgültige Frist bis zum 28. April mittags zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit gestellt, widrigenfalls am 30. April die völlige Stillegung sämtlicher Betriebe der sächsischen Metallindustrie erfolgen werde. Diese Aussperrung würde die Betriebe Bautzen, Chemnitz, Dresden und Zwickau betreffen.

Konrad Hänisch gestorben.

Der frühere preußische Kultusminister.

Der frühere preußische Kultusminister Dr. Konrad Hänisch ist im Alter von 49 Jahren an den Folgen einer Venenentzündung gestorben. Hänisch leitete nach dem Umsturz vier Jahre lang das preußische Unterrichtsministerium, bis er zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannt wurde. Hänisch ist Ehrendoktor der Universität Frankfurt und Ehrenbürger der medizinischen Fakultät Düsseldorf. Politisch stand er, der in konservativen Anschauungen als Sohn eines Arztes erzogen wurde, bei der Sozialdemokratie. Als Primaner mußte er die Schule wegen sozialistischer Agitation verlassen, schlug sich als Laufbursche längere Zeit durchs Leben, bis er dann an sozialdemokratischen Blättern als Mitarbeiter seinen Unterhalt verdienen und seine Studien fortsetzen konnte. Während des Krieges trat er warm für die Verteidigung des Reiches ein.

Barmats Ministerbesuche.

Im preußischen Barmat-Ausschuß sollte Aufklärung darüber geschaffen werden, welchen Zweck eine Unterredung im Jahre 1920 zwischen Reichskanzler a. D. Bauer, Barmat und dem damaligen Minister Dr. Hermes hatte. Hierüber sagt der ehemalige Ernährungsminister Hermes aus, Reichskanzler a. D. Bauer habe bei den verschiedenen Besprechungen niemals versucht, auf ihn, den Minister, einen Druck zugunsten Barmats auszuüben. Herr Bauer hätte allerdings den Abschluß von Geschäften mit Barmat offenbar gern gesehen. — Reichskanzler a. D. Bauer bestreitet, daß er jemals eine Äußerung in diesem Sinne gemacht habe. — Minister a. D. Hermes bleibt bei seiner Auffassung. Nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß die Verhandlung zu keiner völligen Klärung des Besuches der Herren Bauer und Barmat bei Direktor Meyer von der Getreideeinkaufsgesellschaft geführt habe, wendet sich die Verhandlung dem Bericht des deutschen Generalkonsulats in Amsterdam zu, der am 6. Dezember 1920 durch die deutsche Gesandtschaft im Haag dem Auswärtigen Amt übersandt worden ist, in dem unter anderm gesagt wird, daß Barmat auf alle schwarzen Listen gehört, da er ein großer Betrüger sei. Der Vorsitzende verliest den Bericht in der deutschen Übersetzung. Von einer Auskunftei wird Barmat als „Schieber schlimmster Sorte" bezeichnet. Direktor Pritschow erklärt, er habe seinerzeit Barmat in keiner Weise vor anderen Kaufleuten bevorzugt. Im Sommer 1919 sei die Lage so schlimm gewesen, daß man froh war, als Barmat als erster den Mut hatte, mit dem Reich Geschäfte gegen Akzepte zu machen und dem Reich tatsächlich Kredit zu geben. Ein Druck auf die Reichsstellen sei nicht ausgeübt worden. Abg. Rob. Schmidt (Soz.) bestätigt dies. Der deutsche Handel bekam damals keinen Kredit im Auslande. Unter den einzelnen Reichsstellen fand ein Wettkampf um die Devisen zur Nahrungsmitteleinfuhr statt.

Die nächste Sitzung, deren Termin noch nicht festgesetzt wurde, wird nicht öffentlich sein. — Der Ausschuß hofft, in etwa zehn weiteren Sitzungen den gesamten Arbeitsstoff aufarbeiten zu können.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 30. April.

Sonnenaufgang	4^{34}	Mondaufgang	9^{17} V.
Sonnenuntergang	7^{22}	Monduntergang	1^{13} V.

1803 Feldmarschall Graf Roon in Pleushagen bei Kolberg geb. — 1814 Erstürmung des Montmartre. — 1895 Gustav Freytag gest.

□ **Krankheitsfurcht.** Bei vielen Menschen finden wir eine ausgesprochene Furcht vor Krankheiten überhaupt oder vor gewissen Krankheiten. Eine derartige Krankheitsfurcht besteht bei gewissen Geisteskrankheiten, ist pathologisch und wird bei der Besprechung der Geisteskrankheiten berücksichtigt. Sonst ist die Ursache der Krankheitsfurcht eine verschiedene. Begreiflich ist, daß Personen, in deren Familie gewisse Krankheiten vorgekommen sind, besonders wenn deren Erblichkeit bekannt ist, sich vor den betreffenden Krankheiten fürchten. Wir sehen daher, daß viele Menschen sich fürchten, an Lungenschwindsucht, Nieren- und Geisteskrankheit sowie an Krebs zu erkranken. Genaue ärztliche Untersuchung kann hier den Krankheitsverdacht ausschließen und so zur Beruhigung führen. Ebenso ist es begreiflich, daß bei Epidemien viele Menschen Furcht vor Erkrankung haben. Da wir aber heute gegen die Erkrankungen an fast allen epidemischen Krankheiten sichere Vorbeugungsmittel haben, genügt es, wenn man sich im Epidemiefall den ärztlichen Vorschriften entsprechend verhält, um gesund zu bleiben. Endlich finden wir bei Personen, die hypochondrisch veranlagt sind und die ihre eigene Persönlichkeit weit über Gebühr in den Mittelpunkt stellen, häufig Krankheitsfurcht, die sich aber nicht auf bestimmte Krankheiten oder Gelegenheiten beschränkt, sondern in ihrem Objekt stets abwechselt. Jede Krankheit, von der eine solche Person hört oder liest, weist sie in ganz bestimmten, unzweideutigen Symptomen bei sich nach, um im nächsten Augenblick wieder andere Krankheiten, oft mehrere gleichzeitig, zu haben. Die Suggestion durch andere und durch sich selbst ist bei solchen Personen mächtig. Durch genaue Untersuchung und psychische Behandlung gelingt es dem Arzt, diesen Personen die Krankheitsfurcht auszureden, aber gewöhnlich nur mit dem Erfolge, daß bald eine andere Krankheit an die Reihe kommt.

□ **Das Reichskursbuch.** Die Postverwaltung wird von jetzt ab wieder jährlich vier Ausgaben des Reichskursbuches herausbringen und außerdem die drei ersten Teile des Werkes als Sonderausgaben einzeln abgeben. Die Ausgabetermine sind wie folgt festgesetzt worden: die erste Sommerausgabe erscheint mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplanes, die zweite Sommerausgabe am 1. Juli, die erste Winterausgabe mit dem Inkrafttreten des Winterfahrplanes und die zweite Winterausgabe am 15. Dezember. Bestellungen nehmen die Postanstalten entgegen.

□ **Das 2-Markstück kommt wieder.** Im Reichsgesetzblatt vom 24. April wird angekündigt, daß demnächst auch wieder 2-Reichsmarkstücke in Silber ausgeprägt werden sollen. Die neuen Stücke werden dem 1-Markstück ähneln, der Rand wird geriffelt sein. Die Größe beträgt 26 Millimeter im Durchmesser (gegenüber 22,6 Millimeter des 1-Markstückes).

□ Die Gemeindevertretung hielt am gestrigen Dienstag abend eine Sitzung ab, in der nach Einführung und Verpflichtung des Herrn Kaufmann Klose zum Gemeindevertreter zu Punkt 2 die Protokolle über die Revision der Gemeindekasse und Gemeindesparkasse v. 18. 4. zur Kenntnis genommen wurden. — Zu Punkt 3 wurde beschlossen, für 1925 die Gewerbesteuer, wie im Vorjahre, nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital zu bemessen. — Punkt 4: Der Militärverein, der das Kriegerdenkmal von 1870-71 in Verwaltung hat, ist gezwungen, an demselben Reparaturen ausführen zu lassen, die sich auf 150 Mk. belaufen; er bittet um eine Beihilfe dazu. Es wird beschlossen, zunächst 100 Mk. zu gewähren und laufend einen Beitrag von jährlich 50 Mk. zur dauernden Erhaltung dieses Denkmals beizusteuern. — Punkt 5: Bezüglich der Bürgersteiganlage auf der oberen Hermsdorfer Straße teilt der Herr Gemeindevorsteher mit, daß es sich bei der bereits genehmigten Anlage des Bürgersteiges nicht um die südliche, sondern um die bereits bestehende nördliche Seite handelt. Die Kosten für die Anlegung eines Bürgersteiges auf der südlichen Seite sind jedoch so hoch, daß an eine Anlegung desselben vorläufig nicht zu denken ist. So müßte z. B. auch der Schienenstrang der Elektrischen sowie die Masten verlegt werden. Um aber, nachdem die Hermsdorfer Straße nun einmal gepflastert werden soll, nach Möglichkeit am Ausbau derselben teilzunehmen, schlägt Herr Gemeindevorsteher vor, den Graben zuzuschütten und das Stück bis zum Beginn des Schienenstranges als Bürgersteig anzulegen. Die Kosten dafür werden sich auf 4500—5000 Mk. belaufen. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, diesen Vorschlag anzunehmen und die Kosten dafür je zur Hälfte auf den Etat 1925 und 1926 zu übernehmen. — Punkt 6: Betr. den Verwaltungskostenbeitrag für 1924 für Provinzialhilfskassenanleihen wurde beschlossen, die Zahlung desselben in der beantragten Höhe von 85 GMk. abzulehnen. — Punkt 7: Dem Verkauf eines Teiles des geschlossenen Weges längs der evangelischen Kirchhofsmauer an Frau Studienrat Schnell wurde zugestimmt, sofern für den Quadratmeter 3 Mk. (geboten waren 2 Mk.) gezahlt werden. — Punkt 8: Festsetzung des Gemeindehaushaltsplanes für 1925. Herr G.-V. Neugebauer schlägt nach längeren erläuternden Ausführungen vor, einen Zuschlag von 250 Proz. zur Grundvermögenssteuer und Gewerbesteuer zu erheben. Herr Schöffe Leipelt wendet sich gegen diesen Vorschlag unter besonderem Hinweis darauf, daß diese Besteuerung, die einzig wieder die Hausbesitzer und Gewerbetreibenden treffe, von diesen einfach nicht mehr getragen werden könne. Er schlägt vor, statt 250 nur 200 Prozent zu erheben und durch sparsames Wirtschaften die differierenden 50 Proz. herauszuwirtschaften. Auch Herr R.-A. Doniges wendet sich dagegen, daß hier lediglich Grundbesitz und Gewerbe wieder für die Besteuerung herangezogen werden sollen. Herr G.-V. hielt dem entgegen, daß es unmöglich sei, eine andere Art der Besteuerung zu erfassen. Eine äußerst lebhafte Aussprache über diesen Punkt, in deren Verlauf zahlreiche Vorschläge gemacht wurden, führte schließlich zur Abstimmung über den Antrag des G.-V., der mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt wurde. Bis zur entgültigen Festsetzung des Steuersatzes werden 200 Proz. Zuschlag zur Grundvermögenssteuer u. Gewerbesteuer erhoben werden. — Punkt 9: Aufbringung der Mittel für die Errichtung einer Badeanstalt. Herr G.-V. Neugebauer führt dazu aus, daß zur Beschaffung derartiger Mittel drei Möglichkeiten gegeben seien: durch Auflegung einer Lotterie, durch Bewilligung von Mitteln seitens sportlicher Reichsbehörden und durch Zeichnung von Anteilscheinen. Dringend warnte er davor, den Bau durch freiwillige Arbeit hiesiger Sportvereine in Angriff nehmen zu lassen, da die Praxis erwiesen habe, daß derartige Absichten nie durchgeführt werden. — Unter Mitteilungen wurde bekanntgegeben, daß einigen Mitbürgern gelegentlich ihrer Jubiläen Ehrungen seitens der Gemeinde zuteil wurden. Ferner berichtete er über die Jahresversammlung der Hauptverkehrsstelle für das Riesen- und Isergebirge und stellte hierbei fest, daß die Tätigkeit dieser Verkehrsstelle eine äußerst ersprießliche sei. — Von einer gesonderten Beteiligung Warmbrunns auf der Deutschen Verkehrsausstellung 1925 in München nahm man Abstand. Gegen ¾11 Uhr fand die Sitzung ihr Ende.

Die Schützengilde hielt am gestrigen Dienstag im Hotel „Viktoria" das letzte Stutzenschießen im Winterhalbjahr ab, welches nicht sonderlich besucht war. Die Gilde hatte zu diesem Zweck zwei Preise gestiftet, die von den Kameraden Groß und Köhler errungen wurden. — Nach dem Schießen fand eine Sitzung statt, in welcher eingangs der Tagesordnung des verstorbenen Kameraden, Konditormeisters Fritz Baehr gedacht wurde, zu dessen ehrendem Gedenken sich die Versammlung von den Plätzen erhob. Auf Antrag des Schützenkönigs, Kameraden Bender wurde das Königsschießen auf den 14. Juni festgesetzt, damit er Gelegenheit habe, während seines hiesigen Besuches daran teilnehmen. Zu diesem Schießen soll auch die Hirschberger Gilde geladen werden. Es wurde dann die vom Vorstand ausgearbeitete Schießordnung bekannt gegeben. An der Einweihung des Bundesbanners in Hirschberg am 17. Mai sollen sich möglichst viele Kameraden beteiligen. Der Verein wird zum mindesten durch eine Fahnensektion vertreten sein. Es wird für das Bundesbanner ein Fahnennagel gestiftet. — Betr. unserer eigenen Fahne wurde beschlossen, durch Zerlegung der Stange, die Fahne transportfähiger zu gestalten. — Vom nächsten Dienstag ab findet das Schießen wieder auf dem Scholzenberge statt. Es wird auf drei Ständen geschossen. — Beschlossen wurde, drei Meisterschaftsschießen zu veranstalten. Das erste soll dieses Jahr durch Anstrich, die nächsten abwechselnd mit Freihandschießen erfolgen. — Aus der vorgelegten Abrechnung vom letzten Winterhalbjahr ging hervor, daß die Kasse aus dem Stutzenschießen einen ansehnlichen Ueberschuß hatte, welcher zum Ankauf einer guten Buchse nebst Zubehör verwendet werden wird. — Zum Schluß berichtete Kamerad Geppert noch über den Stand der Stadionangelegenheit und stellte in sichere Aussicht, daß vermöge unserer eigenen Arbeitsleistungen und unter Mithilfe des Jungstahlhelms der neue Scheibenstand im kommenden Jahre schon in Benutzung genommen werden kann, zunächst in provisorischer Aufmachung. Nach Fertigstellung desselben sollen 15 Scheiben zur Verfügung stehen. — Neu aufgenommen wurde ein Mitglied. — Hierauf Schluß der Sitzung.

Der Verein christlicher Mütter hielt am Montag im Pfarrhaussaale aus Anlaß des Geburtstages des hochverdienten Vorsitzenden, Herrn Pfarrer Fritsch, eine würdige Feier ab. Frau Walter sprach dem Geburtstagskinde im Namen des Vereins die herzlichsten Glückwünsche aus und überreichte ihm ein schönes Geschenk. Heitere Vorträge und Gesänge verschönten den Abend. Bei guter Bewirtung und in gemütlicher Stimmung waren die Stunden schnell vergangen. Mit herzlichen Dankesworten des Herrn Pfarrers wurde die Feier geschlossen.

* Konzert. Ein hervorragender künstlerischer Genuß verspricht das am 12. Mai im „Preuß. Hof" stattfindende Konzert zu werden, das die Pianistin Hildegard Schreiber-Stoll aus Hirschberg, zusammen mit der Breslauer Sängerin Margarete Dittmann veranstalten wird. Ueber ein Konzert, das Frau Schreiber-Stoll in Hamburg gegeben, schreibt die Kritik: „Die Künstlerin besitzt eine hochgesteigerte, innerlich gereifte Technik, eine vornehme musikalische Kultur und künstlerisches Temperament des Vortrages. Ihre Eigenart ist von einer leisen Herbigkeit, wirkt aber durchaus nicht akademisch, sondern fesselnd persönlich." Und von Margarete Dittmann, die durch ihre Mitwirkung als Solistin an der unter Prof. Dohrns Leitung in Breslau veranstalteten Richard Strauß-Feier erst unlängst hervorgetreten ist, sagt die Kritik: „Sie verfügt über ein außergewöhnlich gepflegtes Organ und einen weichen Alt trefflichster Schulung. Die Künstlerin bot alles im hohen Grade durchgeistigt, völlig über dem Stoff stehend". — Näheres später im Anzeigenteil.

Schreiberhau. Einen schweren Verlust hat das St. Maria-Elisabeth-Stift erlitten. Die Oberin, M. Sennona Ganswindt, ist nach langen Leiden verschieden.

Jannowitz. (Tod bei der Wahl.) Hier wurde eine ältere Dame in der Wahlzelle von einem Schlaganfall betroffen, dem sie bald darauf erlag.

Waldenburg. Ein infames Bubenstück wurde in der Nacht zum Sonntag an der Charlottenbrunner Straße in Altwasser verübt. Hier wurde die Nepomukstatue der Kopf abgeschlagen. Die Polizei ist dem Täter auf der Spur.

Schweidnitz. Umfangreiche Betrügereien verübte im letzten Winter Winter der 28 Jahre alte Buchhalter Georg Klose. Als Abonnentenwerber eines Schweidnitzer Zeitungsunternehmens versah er gegen 30 Bestellscheine mit fingierten Namen. Der Betrug wurde entdeckt, als die „tüchtige" Werbekraft die Provision von annähernd 80 Mk. in der Tasche hatte. Weitere Geldbeträge von insgesamt weit über 300 Mk. verschaffte sich der Schwindler dadurch, daß er sich in verschiedenen Orten des Landkreises zu Zeitungsboten begab und sich von ihnen die kassierten Bezugsgelder aushändigen ließ, ohne dazu beauftragt zu sein. Er wurde vom Schöffengericht zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Nah und Fern.

○ **25 Jahre Düsseldorfer Handwerkskammer.** Zum 25jährigen Bestehen der Handwerkskammer fand eine Festsitzung statt, an der Vertreter fast sämtlicher Staats-, Provinzial- und städtischen Behörden teilnahmen.

⊙ **Sturmschäden in England.** Der Sturm hat in vielen Teilen Englands beträchtlichen Schaden angerichtet. In Preston wurden Dächer abgedeckt, in den Vororten von Manchester viele Bäume entwurzelt. Tiefgelegene Ländereien wurden überflutet. Beim Einsturz eines Neubaus fand ein Arbeiter den Tod. Auf einer Reihe von Segelschiffen, die an der Merseymündung ankerten, ging der Mast über Bord, andere Schiffe sind untergegangen. Im Ärmelkanal hat der Sturm viele Störungen im Schiffsverkehr zur Folge gehabt. Die nach Boulogne bestimmten Kanaldampfer mußten Calais anlaufen.

○ **Explosion im Bochumer Stadttheater.** Im Akkumulatorenraum des Stadttheaters in Bochum ereignete sich eine schwere Explosion. Die ganze Akkumulatorenanlage, die in den Kellerräumen unter dem hinteren Teil des Bühnenhauses untergebracht ist, wurde zerstört. Durch den gewaltigen Luftdruck wurde das Mauerwerk aufgerissen und schwere Mauerteile wie auch die Tür des Maschinenraumes weit fortgeschleudert. Nach der Explosion waren die unteren Räume des Bühnenhauses mit Gasen angefüllt. Die Ursachen konnten bisher nicht festgestellt werden. Der Materialschaden ist erheblich, jedoch sind Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen.

○ **Folgenschwere Ammoniakexplosion.** In der Kühlanlage des Bahnhofshotels der Stadt Neumarkt (Oberpfalz) explodierte aus unaufgeklärter Ursache eine Ammoniakflasche. Der Hotelbesitzer Geis erlitt eine so schwere Gasvergiftung und andere Verletzungen, daß er sofort starb. Drei weitere Leute wurden ebenfalls lebensgefährlich verletzt.

○ **Ein Abgeordneter von einem Stier angefallen.** Aus Augsburg wird gemeldet: Der dem Bayerischen Bauernbund angehörige Landtagsabgeordnete Stegmann wurde in Engilshausen (Schwaben) von einem wütenden Stier angefallen und mit den Hörnern an eine Hofwand geschleudert. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Abgeordnete vom Platze getragen.

⊙ **Die Witwe Zolas gestorben.** In Paris ist die 86 jährige Frau Alexandrine Zola gestorben, die Witwe des Dichters, die ihn um 23 Jahre überlebt hat. Sie war die Tochter einer Gastwirtin im Hallenviertel. Als Emile Zola im Jahre 1870 die auffallend hübsche Alexandrine Mélay kennenlernte, war sie Fabrikarbeiterin. Zola heiratete sie, die keinen Sous besaß, sofort und lebte mit ihr drei Jahrzehnte lang in ungetrübter Ehe.

⊙ **Nach 400 Jahren zurückerstattet.** Eine dänische Gemeinde, deren frühere Einwohner vor etwa 400 Jahren auf einem Kriegszuge die Abendmahlgefäße aus der Domkirche in Abo (Finnland) raubten, hat nunmehr, nachdem diese Gefäße während 400 Jahren in der Kirche zu Eiby auf Seeland gebraucht worden waren, diese der Domkirche zurückerstattet. Zuvor waren auf Vorschlag des Kirchenrates für den eigenen Bedarf Kopien angefertigt worden.

◐ **13 000 Seemeilen im Schlepptau.** Vor einem Jahre verunglückte in der Nähe von Adelaide der Dampfer „City of Singapore". Das durch Feuer und Explosion beschädigte Wrack ist jetzt von einem Kapitän Russel gekauft worden, der berufsmäßig solche Schiffe aufkauft. Er läßt die „City of Singapore" durch zwei starke holländische Schleppdampfer von Adelaide bis Rotterdam ziehen, 13 000 Seemeilen weit, und hofft, in etwa vier Monaten das noch brauchbare Wrack in Holland zu haben und ausbessern lassen zu können. An Bord des zerstörten Dampfers machen fünf Personen die abenteuerliche Schleppfahrt mit.

⊙ **Eine Ölexpedition nach dem hohen Norden.** Die Imperial Oil-Gesellschaft in Toronto rüstet eine Expedition nach den arktischen Gebieten aus, um die von dort gemeldeten Petroleumvorkommen auf ihre Ausbeutefähigkeit zu untersuchen. Für die Expedition, die über Hunderte von Meilen unerforschten Landes reisen wird, sind zwei Winteraufenthalte vorgesehen. Nach den in Toronto eingegangenen Berichten sind die Olerträge im arktischen Kanada noch größer als die an der amerikanischen Westküste. In einigen Gegenden tritt das Öl offen zutage und vereinigt sich geradezu zu Flüssen und Binnenseen. Die Frage wird nur sein, ob es möglich sein wird, eine Zuleitung zu einem von der Küste möglichen Abtransport zu schaffen.

○ **Fund von Sprengstoffen.** Die Pressestelle beim Oberpräsidium in Hannover teilt mit: In der Grupenstraße wurden von einem Schutzpolizeibeamten zwei Handbomben auf dem Fahrdamm liegend gefunden. Es handelt sich um zwei selbstgefertigte Handbomben in Blechumhüllung und mit brisanter Sprengstoffüllung. Die Bomben sind nicht gebrauchsfertig, da Sprengkapsel, Zündschnur und Zündpatronen fehlen. Die angebrachte Schlagbolzenvorrichtung ist in Ordnung. Die Bomben haben ein Gewicht von ½ bis 1 Kilo.

○ **Schieberskandal.** Ein großer Schieberskandal erregt in Friedrichshafen beträchtliches Aufsehen. Der Fabrikant Eugen Brugger hatte große Mengen Sprit, die ihm vom Reiche zu gewerblichen Zwecken überwiesen worden waren, in Trinkbranntwein umgearbeitet und dadurch neben sehr großen Gewinnen den Staat um mehrere 100 000 Mark Steuern geschädigt. Brugger wurde verhaftet.

○ **Schiffsunfall.** Ein schwerer Schiffsunfall ereignete sich in Bremerhaven beim Herausschleppen des Dampfers „Kreta" aus dem Hafen 2 in die Fahrrinne der Weser. Beim Drehen des Dampfers durch den Schlepper kam der letztere in eine so unglückliche Lage zu dem Dampfer, daß er kenterte und sofort sank. Drei Mann der Besatzung ertranken. Der große Schwimmkran der Aktiengesellschaft „Weser" wurde sofort nach der Unfallstelle gesandt, um den gesunkenen Schlepper, der im Fahrwasser liegt, zu heben.

⊙ **Das Diebesgut im Holzbein.** In der dänischen Stadt Odense hat die Polizei einen deutschen Dieb, Ernst Brömer, verhaftet, der bei einem Einbruchsversuch überrascht worden war. Brömer, der es im Weltkriege bis zum Feldwebel gebracht und ein Bein verloren hat, leugnete jede Schuld. Nachher verriet er sich aber auf originelle Weise. In einem unbewachten Augenblick schraubte er in seiner Zelle sein Holzbein ab, entnahm ihm einen Füllhalter und Schreibpapier und schrieb einen Brief an einen Komplicen. Nun kam das Schreiben zur Kenntnis der Behörden, die sich das Holzbein näher ansahen und darin gestohlene Juwelen entdeckten. Außerdem gingen sie der angegebenen Adresse nach und fanden ein ganzes Lager von Schmucksachen, die bei Einbrüchen in der letzten Zeit erbeutet worden waren.

⊙ **Eine Städtegründung in Armenien.** Unter dem Namen Nowy Arapkir wird an der großen Straße, die durch Armenien nach Eriwan führt, eine neue Stadt angelegt, die als Vorort von Eriwan gedacht ist. Es sollen zunächst 1000 Familien dort angesiedelt werden, denen Land angewiesen wird, um darauf Baumwolle zu bauen.

Bunte Tageschronik.

Düsseldorf. Zwei Kaufleute aus Köln, Vater und Sohn wurden in Düsseldorf wegen Herstellung und Verbreitung falscher amerikanischer Hundertdollarnoten festgenommen. Ein Kölner Photograph wurde als Helfer verhaftet.

Köln. Die dreiköpfige Familie eines Gutspächters und zwei Knechte sind in Haltern (Rheinland) an Fleischvergiftung erkrankt. Ein Knecht ist bereits gestorben.

Prag. Nach Nachrichten aus dem Böhmerwald fiel dort Schnee, der sich an manchen Stellen in Stärke von zehn Zentimeter hält

Mailand. In Mailand wurde in Anwesenheit des Königs der Grundstein zum Institut für Krebsbekämpfung gelegt.

Zeppelinexpedition zum Nordpol.

Unter Frithjof Nansens Führung.

Nach einer Konferenz mit Dr. Eckener hat Frithjof Nansen beschlossen, eine Nordpolexpedition mit einem deutschen Zeppelin zu versuchen. Nansen will sich an die norwegische Regierung wenden, um sie zur Unterstützung zu bewegen. Der Nordpolzeppelin soll in Friedrichshafen gebaut werden, nach demselben Muster, aber etwas kleiner als Z. R. 3. Die Expedition ist nur dann möglich, wenn die Luftschiffwerften bestehen bleiben. Es ist zu erwarten, daß Frithjof Nansen an die Ententemächte einen Appell in dieser Sache richten wird.

Spiel und Sport.

Sp. **91 Meldungen für den Deutschen Rundflug.** Der Aero-Club von Deutschland veröffentlicht die endgültige Meldeliste zum Deutschen Rundflug um den „B.-Z.-Preis der Lüfte 1925", den „Boelcke-Preis" und den „Richthofen-Preis". Mit dem Nachnennungsschluß erhöhte sich die Zahl der Nennungen auf 91 Flugzeuge. Die Gruppe A des „B.-Z.-Preises der Lüfte" (Flugzeuge bis 40 Pferdestärken) erhielt 29, die Gruppe B (Flugzeuge über 40—80 Pferdestärken) 35 Unterschriften. Der „Boelcke-Preis" (Gruppe C, Flugzeuge über 80—120 Pferdestärken) schnitt mit 27 Unterschriften auch sehr gut ab. Alle drei Gruppen des Deutschen Rundfluges werden auch noch für den „Richthofen-Preis" gewertet, der für den jeweils besten deutschen Motor jeder betreffenden Gruppe ausgesetzt ist.

Sp. **Ein deutscher Schwimmrekord in Schweden.** Bei dem internationalen Wettschwimmen in Stockholm hat Rademacher-Magdeburg einen neuen Weltrekord im 200-Meter-Brustschwimmen in 2 Minuten 52,7 Sekunden aufgestellt.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Urteil im Schiffbeker Kommunistenprozeß.** Im Schiffbeker Kommunistenprozeß wurde vor dem Altonaer Landgericht gegen die dritte Staffel das Urteil gefällt. Verurteilt wurden 27 Angeklagte zu insgesamt 46 Jahren und 10 Monaten Festung. Die einzelnen Strafen erstrecken sich von ein Jahr fünf Monaten bis zu drei Jahren. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Außerdem wurde auf Grund des Republikschutzgesetzes neben der Festungshaft auf Geldstrafen bis zu 250 Mark erkannt. Die Verhandlung gegen die vierte Staffel beginnt am 4. Mai.

§ **Ein völlig haltloses französisches Kriegsgerichtsurteil.** Das französische Kriegsgericht in Nancy hat am 7. April d. J. den früheren Oberstabsarzt vom 13. Infanterieregiment Dr. Bartholomäus Manger in Ingolstadt im Abwesenheitsverfahren wegen angeblich am 25. August 1914 in Chanteheux, einem Dorf bei Lunéville, begangener Brandstiftungen und Plünderungen zu 20 Jahren Zuchthaus und Aufenthaltsverbot in Frankreich für den gleichen Zeitraum verurteilt. Demgegenüber wird festgestellt, daß das Reichsgericht ein wegen derselben französischen Beschuldigungen bereits im Jahre 1923 gegen Dr. Manger eingeleitetes Untersuchungsverfahren eingestellt hat, weil nicht der geringste Belastungsgrund gegen Manger vorliegt.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 28. April.

* **Börsenbericht.** Die Nervosität, die die Börse am Montag zeigte, hat sich am Dienstag wieder zum großen Teil gelegt, diese festere Stimmung kam besonders den Montan- und Anilinwerken zugute, die am vorhergehenden Tage gelitten hatten. Auf die festere Stimmung wirkte neben vereinzelten Interventionskäufen der Großbanken auch die starke Besserung der Handelsbilanz für März 1925, die ein weiteres Sinken der Einfuhr und eine Steigerung der Ausfuhr aufweist. Gegen Schluß der Börse wurde die Stimmung beim Bekanntwerden eines dividendenlosen Abschlusses der Harpener A.-G. am Montanmarkt wieder matter. Am Devisenmarkt war die Nachfrage normal.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,22—20,27;; holl. Gulden 167,94—168,36; Danz. 80,25 bis 80,45; franz. Frank 21,84—21,90; belg. 21,23—21,29; schweiz. 81,33—81,53; Italien 17,18—17,22; schwed. Krone 113,04—113,32; dän. 77,85—78,05; norweg. 68,10 bis 68,34; tschech. 12,43—12,47.

* **Produktenbörse.** Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	28. 4	27. 4.		28. 4.	27. 4.
Weiz., märk.	243-245	247-250	Weizkl. f. Brl	15	15-15,2
pommerscher	—	—	Roggkl. f. Brl.	15-15,8	16
Rogg., märk.	216-218	220-224	Raps	395	395-400
pommerscher	—	—	Leinsaat	385	385-390
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	22-27	22-27
Futtergerste	195-206	192-205	kl. Speiseerbs	20-22	20-22
Braugerste	218-236	215-233	Futtererbsen	19-20	19-20
Hafer, märk.	202-211	202-211	Peluschken	19-21	19-21
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	19-20	19-20
westpreuß.	—	—	Wicken	19-21	19-21
Weizenmehl			Lupin., blaue	10-12	10,0-12
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	11,5-14,5	11,5-14,5
Bln. br. inkl.			Seradella	14-16	14-16
Sack (feinst.			Rapskuchen	14,8-15,2	15,6-15,4
Mrk. ü. Not.)	31,2-33,7	31,7-34,2	Leinkuchen	22,2-22,6	22,5-23
Roggenmehl			Trockenschtzl.	10,4-10,6	10,4-10,6
p. 100 Kil. fr.			ow. Zuckschn.	17,5-18,5	17,7-18,5
Berlin br.			Torfml. 30/70	9,5	9,5
inkl. Sack	28,5-30	29-31,2	Kartoffelfl.	19,3-19,7	19,4-19,8

Vereins-Kalender.

Volksbücherei des Bürgervereins Bad Warmbrunn: Ausgabe jeden Montag, von ½4—½6 Uhr im Gemeindeamt.

Verein selbständiger Handwerker. Mittwoch, den 29. April, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Hotel „Viktoria".

M.-G.-V. „Harmonie". Freitag: Generalprobe im Kurhaus.

Angelsportverein „Rübezahl". Sonnabend, den 2. Mai, abends 8 Uhr: Stiftungsfest in der Galerie.

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Sonntag, den 3. Mai, Fernwettschreiben im „Schwarzen Adler" in Hirschberg. Beginn 10 Uhr vormittags. Sämtliche Stenographen des Systems „Stolze-Schre„ — also nicht nur die Vereinsmitglieder — werden gebeten, an dem Fernwettschreiben teilzunehmen. Es wird in Gruppen von 80 Silben an geschrieben. — Verteilt werden Preise und Ehrenurkunden.

M.-G.-V. „Harmonie". Sonntag, den 3. Mai, abds. 8 Uhr: Maifest im Kurhaus.

Turnverein Warmbrunn. Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr: Monatsversammlung im „Schles. Adler".

Turnverein Warmbrunn. Donnerstag, den 14. Mai: Himmelfahrtsausflug. Abmarsch 6 Uhr vorm.: Giersdorf, Max Heinzelstein, Baberhäuser, Hain, Saalberg, Kynwasser.

Bekanntmachungen.

Klein- und Sozialrentnerunterstützung wird am Freitag, den 1. Mai 1925, vormittags in der Zeit von 10—12 Uhr im Zimmer des hiesigen Gemeindeamtes gezahlt. Die Auszahlung findet nur an diesem Tage statt.

Herischdorf, den 28. April 1925.

Der Gemeindevorstand: gez. Schwerdtner.

LICHTENBERG
PRAKT. BIOCHEMIKER
Sprechstunden: 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends außer Montag und Freitag jede Woche im „Goldenen Löwen", Hirschberg, Markt 53, Tel. 861
IN BAD WARMBRUNN:
Montag und Freitag von 9 bis abends 6 Uhr in „Klara's Heim", Hermsd. Str. 42, Ecke Wrangelstr.
Talbahn-Haltestelle: „Schwarzer Adler"
Für Zahnleidende empfehle ärztlichen Zahntechniker Herrn Löwe, gegenüber Hotel 3 Berge, Hirschberg.

Buchdrucker-Lehrling
stellt ein
Buchdruckerei P. Fleischer.

Chor-Verein
Warmbrunn-Herischdorf
Sonnabend, den 2. Mai 1925
im Lichtspielsaal d. „Preuß. Hofes"
Das Paradies und die Peri
Charwerk für Soli, Chor und Orchester von Robert Schumann.
Solisten:
Konzertsängerin Frl. Elisabeth Klaus-Görlitz (Sopr.)
Konzertsängerin Frl. Cornelia Rotte-Görlitz (Alt)
Herr Hugo Fischer-Görlitz (Tenor)
Chor: 100 Damen und Herren
Orchester: Hirschberg. Orchester-Verein (25 Musiker)
Chorleiter: Herr Kantor Fritz Haensel.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Kartenvorverkauf in der Buchhandlung Rössel Hermsdorfer Straße, und im Zigarrenhaus Köhler, am Schloßplatz, zu 2 M. und 1,50 M. (ohne Steuer).
Textbücher ebenda erhältlich.

Alte eichene
Truhe
mit Eisenbeschlägen und großem Schlüssel
Ueber 200 Jahre alt
billig zu verkaufen.
Herischdorf,
Giersd. Straße 3, 1. Etg.

Gratis
erhalten Sie Aufklärung über Ihren Charakter, Liebe Reichtum, Eheleben, Schicksal, Zukunft, Geschäft etc. auf Grund astrologischer Wissenschaft. Unzählige Erfolge, tausende Dankschreiben. Selbstgeschriebene genaue Adresse mit Geburtsangabe. 20 Pfg. Rückporto erbeten.
Ernst Hauf, Augsburg

Angelsport-Verein „Rübezahl"
Bad Warmbrunn
Sonnabend, den 2. Mai 1925, abends 8 Uhr:
in den Räumen der Galerie
Stiftungs-Fest
Theater Humoristische Vorträge Verlosung
BALL
Programme sind zu haben bei den Mitgliedern:
Kaufmann Tryzna, Kürschnermeister Pätzold, Drogerie Jäschke Friseur Schüller, Hotelier Matwald (Viktoria), Friseur Selle, Kaufmann Tarrant (Herischdorf).